**7208/J**
**vom 09.10.2026 (XXVIII. GP)**

# ANFRAGE

des Abgeordneten Alois Kainz
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft
betreffend **Konsequenzen aus Akkubränden in österreichischen Abfallanlagen**

Am 3. Juli 2026 kam es in einer Mülllagerhalle in Wien-Donaustadt zu einem Großbrand. Wie der ORF am 6. Juli 2026 berichtete, konnte der Brand von den Ermittlern auf eine Lagerkoje für Sperrmüll eingegrenzt werden. Im Brandschutt fanden sich zahlreiche sogenannte Fehlwürfe, darunter Batterien, Akkuteile und Elektroteile. Die Ermittler gingen daher mit hoher Wahrscheinlichkeit davon aus, dass einer dieser Gegenstände den Brand ausgelöst hatte.[1]

Der Brand hatte weitreichende Folgen. Die Wiener Berufsfeuerwehr stand mit 31 Fahrzeugen und rund 120 Einsatzkräften im Einsatz. Die Südosttangente musste zeitweise gesperrt werden, ebenso waren eine Bahnstrecke und die U-Bahn-Linie U2 betroffen.

Die Problematik ist seit längerem bekannt. Bereits in den parlamentarischen Anfragen betreffend „Umgang mit Sondermüll und steigenden E-Abfallmengen" (3556/J)[2] und die darauf aufbauende Folgeanfrage (4727/J)[3] wurde auf die zunehmenden Brände durch falsch entsorgte Lithium-Ionen-Akkus in Abfallbehandlungsanlagen hingewiesen.

In der auf die Folgeanfrage ergangenen Beantwortung (4243/AB) vom 27. März 2026 hielt das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft fest, dass die Einführung eines nationalen Pfandsystems für Batterien nicht angestrebt werde. Ein österreichischer Alleingang sei nicht zweckmäßig, vielmehr sollten die weiteren Entwicklungen auf europäischer Ebene abgewartet werden. Bis dahin wurden insbesondere Bewusstseinsbildungsmaßnahmen als geeignetes Mittel angesehen.

Am 2. Juli 2026 wurde im Umweltausschuss zudem ein bereits vorliegender Entschließungsantrag betreffend ein „Pfandsystem für Batterien und Akkus" (92/A(E))[4] erneut vertagt. Nur wenige Tage nach dem Großbrand brachten Abgeordnete der Regierungsparteien ihrerseits einen Entschließungsantrag (1002/A(E))[5] ein, in dem die Bundes-regierung aufgefordert wird, sich für ein EU-weites Rücknahme- und Anreizsystem für Lithium-Ionen-Akkus einzusetzen.

---

1 https://wien.orf.at/stories/3361484/ (aufgerufen am 26.08.2026)
2 Anfrage: https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/J/3556
Beantwortung: https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/AB/3057
(aufgerufen am 26.08.2026)
3 Anfrage: https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/J/4727
Beantwortung: https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/AB/4243
(aufgerufen am 26.08.2026)
4 https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/A/92 (aufgerufen am 26.08.2026)
5 https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/A/1002 (aufgerufen am 26.08.2026)

Damit stellt sich insbesondere die Frage, ob Österreich angesichts wiederkehrender Großbrände weiterhin ausschließlich auf eine europäische Lösung warten kann oder ob bis dahin zusätzliche nationale Maßnahmen notwendig sind.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft nachstehende

**Anfrage**

1. Welche konkreten Schlussfolgerungen zieht Ihr Ressort aus dem Großbrand vom 3. Juli 2026 in der Mülllagerhalle in Wien-Donaustadt?
2. Hat dieser Brand zu einer Neubewertung der bisherigen Strategie Ihres Ressorts im Umgang mit falsch entsorgten Lithium-Ionen-Akkus geführt?
    a. Wenn ja, in welchen Punkten?
    b. Wenn nein, warum nicht?
3. Hält Ihr Ressort weiterhin an der in 4243/AB vertretenen Auffassung fest, wonach ein nationales Batteriepfand nicht angestrebt und eine Lösung auf europäischer Ebene abgewartet werden soll?
    a. Wenn ja, warum hält Ihr Ressort angesichts weiterer Großbrände das Abwarten einer europäischen Lösung weiterhin für ausreichend?
    b. Wenn nein, welche Alternativen werden inzwischen geprüft?
4. Welche konkreten Schritte hat Ihr Ressort seit der Anfragebeantwortung 4243/AB gesetzt, um eine europäische Lösung für die Rückgabe von Lithium-Ionen-Akkus zu beschleunigen?
5. Welche zusätzlichen nationalen Maßnahmen sollen bis zur Umsetzung einer allfälligen EU-weiten Lösung gesetzt werden, um Fehlwürfe von Lithium-Ionen-Akkus in Rest- und Sperrmüll zu reduzieren?
6. Ist infolge der jüngsten Brandereignisse eine Änderung oder Ergänzung des im Jahr 2026 in Begutachtung befindlichen EU-Batterienverordnung Begleitgesetzes vorgesehen?
    a. Wenn ja, in welchen Bereichen?
    b. Wenn nein, warum nicht?
7. Ist die Einführung einer verpflichtenden Meldung von Bränden bzw. Brandverdachtsfällen in Abfallbehandlungsanlagen vorgesehen, bei denen Batterien oder Akkus als mögliche Ursache festgestellt werden?
    a. Wenn ja, wann?
    b. Wenn nein, wie soll künftig eine österreichweit belastbare Grundlage zur Beurteilung der Entwicklung solcher Brandereignisse geschaffen werden?
8. Welche Zahlen gibt es zur Entwicklung von Bränden in Entsorgungsbetrieben bzw. Sammelstellen? (Bitte um Auflistung der Zahlen seit 2015 bis heute)
    a. Wenn es keine Zahlen dazu gibt, warum nicht?
9. Wird geprüft, Hersteller, Importeure beziehungsweise Sammel- und Verwertungssysteme stärker an den Kosten für die Vermeidung und die Folgen von Bränden durch falsch entsorgte Batterien und Akkus zu beteiligen?
    a. Wenn ja, welche Modelle werden geprüft?
    b. Wenn nein, warum nicht?

10. Wird geprüft, im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung zusätzliche finanzielle Mittel für Maßnahmen zur frühzeitigen Erkennung und Aussortierung von Batterien und Akkus in Abfallströmen bereitzustellen?
    a. Wenn ja, wie soll eine solche Finanzierung ausgestaltet werden?
    b. Wenn nein, warum nicht?
11. Wie bewertet Ihr Ressort die Frage der Kostentragung bei Großbränden, die durch falsch entsorgte Akkus ausgelöst werden und neben Schäden beim Entsorgungsunternehmen auch erhebliche Kosten für Einsatzorganisationen und die öffentliche Hand verursachen?
12. Sieht Ihr Ressort Handlungsbedarf, damit diese Kosten künftig nicht überwiegend bei Entsorgungsunternehmen, Gemeinden bzw. der öffentlichen Hand verbleiben?
    a. Wenn ja, welche Maßnahmen sind vorgesehen?
    b. Wenn nein, warum nicht?
13. Welche konkreten gesetzlichen oder organisatorischen Maßnahmen plant Ihr Ressort noch im Jahr 2026, um die Zahl schwerer Brandereignisse durch falsch entsorgte Lithium-Ionen-Akkus in der österreichischen Abfallwirtschaft zu reduzieren?

| | | |
|---|---|---|
| | **Unterzeichner** | Parlamentsdirektion |
| | **Datum/Zeit-UTC** | 2026-10-09T14:05:17+02:00 |
| **Prüfinformation** | Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel | |